

# Vergleich der Kernforderungen des Deutschen Naturschutzing (DNR) zur Bundestagswahl 2021 mit dem Wahlprogramm der LINKEN



## Wahlforderungen DNR DNR DEUTSCHER NATURSCHUTZRING

### Klima

#### Klimaziel

Eine deutliche Anhebung des deutschen Klimaziels auf mindestens minus 70 Prozent bis 2030 und der Sektorziele des Klimaschutzgesetzes.

#### CO<sub>2</sub>-Preis

Eine verursachergerechtere und deutliche Anhebung der CO<sub>2</sub>-Bepreisung in den Bereichen Gebäude und Verkehr mit einem kontinuierlichen Preisanstiegspfad bei gleichzeitig verbesserter Entlastung von Menschen mit geringem Einkommen.

### Energie

#### Kohle

Konsequente Maßnahmen für einen Kohleausstieg bis 2030 ohne weitere Zahlungen an Kohlebetreiber.

Einen sofortigen Stopp der Ausbaupläne des Tagebaus Garzweiler II für den Klimaschutz und den Erhalt der weiterhin bedrohten Dörfer. Dafür ist auch die Streichung der „energiewirtschaftlichen Notwendigkeit“ aus dem Kohleausstiegsgesetz notwendig.

## Wahlprogramm DIE LINKE **DIE LINKE.**

### Klima

#### Klimaziel

„Wir wollen, dass die Bundesrepublik bis 2035 klimaneutral ist. Bis 2030 müssen die Emissionen um mindestens 80 Prozent im Vergleich zu 1990 gesenkt sein. Das Ziel muss im Klimaschutzgesetz festgeschrieben werden.“

#### CO<sub>2</sub>-Preis

„Den Emissionshandel als Leitinstrument im Klimaschutz lehnen wir ab. Primär müssen verbindliche Klimaziele und Emissionsgrenzen den Konzernen klare Vorgaben machen. Förderprogramme und staatliche Infrastrukturprogramme müssen den Umbau unterstützen.“

„Wir wollen den Strompreis für Endkunden senken, indem wir [...] die Förderung erneuerbarer Energien zu wesentlichen Teilen über den Bundeshaushalt statt über die jetzige Ökostromumlage (EEG-Umlage) finanzieren und die Stromsteuer für private Verbraucher\*innen senken.“

### Energie

#### Kohle

„Der schrittweise Kohleausstieg beginnt sofort. Spätestens 2030 muss der letzte Kohle-meiler vom Netz. Der Neubau von Kohlekraftwerken, der Neuaufschluss und die Erweiterung von Braunkohletagebauen wird verboten.“

„Für den Braunkohleabbau dürfen keine weiteren Dörfer abgebaggert werden, der Hambacher Forst darf nicht weiter zerstört werden.“

### Erneuerbare

Bis 2035 muss der Strombedarf vollständig von erneuerbaren Energien gedeckt sein. Bis 2030 erfordert dies einen jährlichen Ausbau der Erneuerbaren von mindestens 10 GW Photovoltaik und 7GW Windenergie an Land.

Eine verbindliche Bund-Länder-Koordination mit klaren Flächenzuweisungen für den naturverträglichen Ausbau der Windenergie an Land, zum Beispiel mit einem Wind-an-Land-Gesetz.

### Energieeffizienz

Die Anhebung und gesetzliche Verankerung des Energiesparziels auf mindestens 40 Prozent bis 2030, sowie verbindliche, sektorspezifische Primär- und Endenergiesparziele.

### Erdgas

Konsequente Schritte zu einem Ausstieg aus der Nutzung von Erdöl und Erdgas, d. h. klare Beschlüsse gegen neue Gasinfrastrukturen und die Abschaffung jeglicher Förderung, die einen fossilen Lockin verursachen. Es braucht einen Fahrplan zum Ausstieg aus Erdgas bis spätestens 2040.

### Wasserstoff

Den Ausschluss von Wasserstoff als lebenserhaltende Maßnahme für Verbrenner-Pkw und Gas-Heizungen im Gebäudebereich.

### Erneuerbare

„Wir wollen eine strukturelle Reform des EEG. Der Ökostromanteil muss so schnell wie möglich auf 100 Prozent erhöht werden.“

„Der Zubau an erneuerbaren Energien muss in der nächsten Legislaturperiode und in den Folgejahren stetig gesteigert werden. In den Jahren bis 2025 wollen wir pro Jahr mindestens 10 Gigawatt (GW) Photovoltaik installieren, sowie 7 GW Windenergie an Land und 2 GW auf See.“

### Energieeffizienz

„Am preiswertesten und umweltfreundlichsten ist immer noch die Kilowattstunde, die nicht bereitgestellt werden muss. Es braucht Standards, die den maximalen Energieverbrauch von Produkten, Produktionsweisen und Gebäuden vorgeben. Es dürfen nur langlebige, reparaturfreundliche, material- und energiesparende Produkte hergestellt werden. Ein Energieeffizienzfonds kann den Umstieg auf eine effiziente Wirtschaftsweise unterstützen und sozial begleiten.“

### Erdgas

„Für eine klimaneutrale Gesellschaft muss dem Ausstieg aus Atom und Kohle auch ein Ausstieg aus der Verbrennung von fossilem Erdgas folgen. DIE LINKE will dafür ein Erdgasausstiegsgesetz mit verbindlichem Ausstiegspfad und sozialer Absicherung betroffener Beschäftigter und Regionen.“

### Wasserstoff

„Strategien, künftig auch Autos und Gebäudeheizungen mit Wasserstoff zu betreiben, sind weder sozial noch ökologisch: Seine Herstellung verbraucht zu viel Energie.“

„DIE LINKE fordert, Wasserstoff und dessen Folgeprodukte künftig nur auf Basis von Ökostrom zu gewinnen und ausschließlich dort einzusetzen, wo keine effizienteren Alternativen dazu vorhanden sind, so etwa bei der Dekarbonisierung der Stahlindustrie, von Teilen der Chemiewirtschaft, im Flug- und im Seeverkehr sowie zur Rückverstromung während Dunkelflauten.“

## Mobilität

### Pkw

Ein festes Datum für das Ende der Neuzulassung von Verbrennungsmotoren bei Pkw. Unser Vorschlag ist ein Ende vor 2030.

Ein Moratorium für den Neu- und Ausbau von Autobahnen und Bundesstraßen.

Die Unterstützung der Umsetzung ambitionierter CO<sub>2</sub>-Grenzwerte für Pkw und Nutzfahrzeuge in der Europäischen Union.

Einen grundlegenden Umbau des Bundesverkehrswegeplans (BVWP) zu einem integrierten Mobilitätsplan auf Basis eines Bundesmobilitätsgesetzes.

### Schiene, ÖPNV & Radverkehr

Die Mittel werden stattdessen dringend benötigt, um in Stadt und Land die Schieneninfrastruktur, den ÖPNV in Gänze und den Radverkehr zu fördern.

### Güterverkehr

Die konsequente Verlagerung des Güterverkehrs auf Schiene und Schiff.

### Flugverkehr

Ein Moratorium für den Ausbau von Flughäfen und die Streichung aller öffentlicher Mittel für die meist defizitären Regionalflughäfen.

## Mobilität

### Pkw

„Spätestens ab 2030 dürfen keine Pkw mit Verbrenner mehr neu zugelassen oder exportiert werden.“

„Stopp für den Neu- und Ausbau von Autobahnen.“

„Wir wollen einen alternativen Verkehrswegeplan, mit dem die sozialökologische Mobilitätswende vollzogen wird und bei dem der schienengebundene Personen- und Güterverkehr im Mittelpunkt steht. Struktur- und Transformationsbeihilfen des Bundes sollen nicht für Straßenneu- und -ausbauprojekte eingesetzt werden.“

### Schiene, ÖPNV & Radverkehr

„Wir wollen die öffentlichen Investitionen in die Schieneninfrastruktur um das Fünffache erhöhen.“

„Der ÖPNV muss flächendeckend und barrierefrei ausgebaut werden. Bis 2030 wollen wir die Zahl der Nutzer\*innen verdoppeln (im Vergleich zu vor Corona). Dafür brauchen wir wesentlich mehr Mittel vom Bund.“

„Wir wollen Radfahren und Zufußgehen im Alltag attraktiver und sicherer machen: Mehr Platz auf den Straßen, mehr sichere und intakte Rad- und Fußwege und mehr Fahrradabstellanlagen sind nötig.“

„Deutschland braucht ein flächendeckendes bundesweites Radverkehrsnetz. In den Städten und Ballungsgebieten müssen Radschnellwege mit grüner Welle geschaffen werden. Dafür muss der Bund ausreichend zweckgebundene Mittel für die Kommunen bereitstellen.“

### Güterverkehr

„Güterverkehr muss auch unter 300 Kilometer Entfernung wieder auf die Bahn.“

### Flugverkehr

„Ein Einstieg in die Neuorganisation des Flughafensystems ist die Stilllegung von defizitären Regionalflughäfen. Wir wollen den Ausbau weiterer Flugkapazitäten beenden.“

## Gebäude/Wärme

### Klimaneutrale Gebäude

Die Verabschiedung eines Maßnahmenpakets für einen klimaneutralen öffentlichen Gebäudebestand durch ökologische Dämm- und Baustoffe bis 2030 und ein großes Förderprogramm für Wärmepumpen. Die Nutzung von Biomasse als Brennstoff muss dabei eng begrenzt werden.

### Öl- und Gasheizungen

Den sofortigen Förderstopp von Öl- und Gasheizungen, ein Verbot für neue Ölheizungen und das Verbot reiner Gasheizungen ab 2025.

## Nachhaltige Wirtschaft & Finanzen

### Öffentliche Beschaffung

Den Umbau des öffentlichen Beschaffungswesens zum Vorreiter bei der Verwendung emissionsarmer und ressourcenschonender, bevorzugt regional und ökologisch erzeugter Produkte und Rohstoffe.

### Subventionen

Die Abschaffung der oft seit Jahrzehnten etablierten klima- und umweltschädlichen Subventionen.

### Sustainable Finance

Die Stärkung des Sustainable Finance-Standorts Deutschland durch Richtlinienentwicklung für nachhaltige Finanzierung in Bezug auf Menschenrechte und Biodiversität.

## EU-Klimapolitik

### Klimaziel

Eine ambitionierte Positionierung Deutschlands zu den EU-Gesetzgebungsprozessen zur Umsetzung und Stärkung des neuen EU-Klimaziels.

## Gebäude/Wärme

### Klimaneutrale Gebäude

„Wir wollen einen bundesweiten Klimacheck aller Gebäude bis 2025. Mit verbindlichen gebäudescharfen Stufenplänen, die bis zu einem bestimmten Zeitpunkt flexibel zu erreichende Energieeffizienzniveaus zum Inhalt haben, wollen wir bis 2035 einen klimaneutralen Gebäudebestand garantieren und viele neue Arbeitsplätze schaffen.“

### Öl- und Gasheizungen

„Der Einbau fossiler Heizungen muss dabei schnellstmöglich gestoppt werden.“

## Nachhaltige Wirtschaft & Finanzen

### Öffentliche Beschaffung

„Für die öffentliche Beschaffung müssen strenge sozialökologische Vorgaben gelten in Bezug auf Arbeits- und Umweltschutz in den Herstellerländern, Langlebigkeit und Reparierbarkeit. Unternehmen, die gegen ihre Sorgfaltspflicht in der Lieferkette verstoßen, müssen von öffentlichen Aufträgen und der Außenwirtschaftsförderung ausgeschlossen werden.“

### Subventionen

„Der Staat darf Klimazerstörung nicht weiter mit Steuergeldern unterstützen. Wir fordern darum Divestment, also den Rückzug des Staates aus Finanzanlagen, Investitionen und Subventionen, die in Vorhaben fließen, die der fossilen und atomaren Energiewirtschaft dienen.“

„Wir wollen natur- und umweltzerstörende Subventionen abbauen und die frei werdenden Gelder in Natur- und Umweltprogramme investieren.“

### Sustainable Finance

## EU-Klimapolitik

### Klimaziel

„Die Bundesregierung muss sich im Zusammenhang mit der Neufestlegung der EU-Klimaschutz- und EU-Energieziele für 2030 für eine deutlich stärkere Minderung der Treibhaus

## ETS

Eine wirksamere CO<sub>2</sub>-Bepreisung im europäischen Emissionshandel durch Ausrichtung der Menge der Verschmutzungserlaubnisse (Cap) am Pariser Klimaabkommen, ein Ende der kostenlosen Zuteilung von Verschmutzungserlaubnissen, die Anhebung des linearen Reduktionsfaktors und der Weiterentwicklung der Marktstabilitätsreserve, abgesichert durch einen kontinuierlich ansteigenden Mindestpreis von anfangs 35 Euro pro Tonne CO<sub>2</sub>.

## Energiesteuerrichtlinie

Eine klimaorientierte Reform der EU-Energiesteuerrichtlinie.

## International

### Handelspolitik

Eine Neuausrichtung der Handelspolitik am 1,5°C-Limit, dem Erhalt der Biodiversität und an den Globalen Nachhaltigkeitszielen (SDGs).

### Klimaaußenpolitik

Eine finanzielle und personelle Stärkung und strategische Weiterentwicklung der deutschen und EU-Klimaaußenpolitik an der für 1,5 Grad erforderlichen globalen Transformation, insbesondere durch 1,5-Grad-Partnerschaften mit anderen Ländern. Dazu bedarf es einer Steigerung der deutschen internationalen Klimafinanzierung auf 10 Milliarden Euro jährlich bis 2025.

### Exportfinanzierung

Einen Ausstieg aus der Förderung fossiler Energieträger durch Entwicklungsfinanzierung, Export- und Investitionsfinanzierung sowie Exportkreditgarantien.

gasemissionen gegenüber dem Jahr 1990 und für einen deutlich höheren Anteil erneuerbarer Energien am Endenergieverbrauch einsetzen.“

## ETS

„Auf EU-Ebene unterstützen wir eine Reform des EU-Emissionshandels, die zur Anhebung der Klimaschutzziele in den Emissionshandelssektoren auf die Paris-Ziele führt und jeden Missbrauch des Instruments ausschließt. Eine Ausdehnung des Systems des Emissionshandels auf die Sektoren Wärme und Verkehr lehnen wir ab.“

## Energiesteuerrichtlinie

## International

### Handelspolitik

„Partnerländer müssen eigene Volkswirtschaften und Wertschöpfungsketten aufbauen und die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen (SDGs) bis 2030 erreichen können. Wo es möglich ist, wollen wir regionale Wirtschaftskreisläufe stärken, um die teilweise absurden Auswüchse globalisierter Liefer- und Produktionsketten zurückzudrängen. Wir wollen die Handelspolitik endlich zu einem Instrument der weltweiten Kooperation, des sozial-ökologischen Fortschritts und der Demokratisierung machen.“

### Klimaaußenpolitik

„Auch Deutschland muss nachlegen und – als einer der Hauptverursacher für den Klimawandel – mehr Mittel für den Globalen Süden bereitstellen, damit dieser seine Entwicklung klimaneutral und gerecht gestalten kann.“

„Auf UN-Ebene wollen wir einen Kompensationsfonds für die Folgen von Klimawandel und Kolonialismus einrichten, der von den Industriestaaten finanziert wird. In diesen Fonds sollten ehemalige Kolonialmächte mehr einzahlen als andere Staaten. Die entsprechenden Klimafinanztransfers wollen wir jährlich erhöhen.“

### Exportfinanzierung

**Quellen:**

Deutscher Naturschutzring:

Die zweitbeste Zeit ist jetzt. Wie die neue Bundesregierung die Klima- & Biodiversitätskrise stoppen muss. Kernforderungen der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzorganisationen zur Bundestagswahl 2021. [www.dnr.de/fileadmin/Positionen/2021-DNR\\_Kernforderungen\\_zur\\_Bundestagswahl.pdf](http://www.dnr.de/fileadmin/Positionen/2021-DNR_Kernforderungen_zur_Bundestagswahl.pdf)

DIE LINKE:

Zeit zu handeln: Für soziale Sicherheit, Frieden und Klimagerechtigkeit. Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2021.

[www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2021/Wahlprogramm/DIE\\_LINKE\\_Wahlprogramm\\_zur\\_Bundestagswahl\\_2021.pdf](http://www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2021/Wahlprogramm/DIE_LINKE_Wahlprogramm_zur_Bundestagswahl_2021.pdf)